

Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel	22.11.2016
Rat	08.12.2016

öffentlich

Vorlage Nr.	872/2016-5
Stand	17.10.2016

Betreff Gemeinsamer Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, Die LINKE, FDP, SPD und UWG vom 14.10.2016 betr. Bornheimer Erklärung zur schulischen Inklusion

Beschlussentwurf Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel:

Der Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Beschlussentwurf Rat

Der Rat beauftragt die Verwaltung, die Bornheimer Erklärung zur schulischen Inklusion an die Landesregierung und die Medien weiterzuleiten sowie einen Termin für ein Gespräch mit der Landesregierung zu koordinieren.

Sachverhalt

Die Fraktionen Bündnis 90 Die Grünen, Die Linke, FDP, SPD, UWG/Forum haben eine Bornheimer Erklärung zur schulischen Inklusion vorgelegt.

In dieser Erklärung werden u.a. die in Bornheim bereits jetzt praktizierten Maßnahmen im Bereich der schulischen Inklusion dargestellt. Zudem wird auf die unzureichende finanziellen- und personelle Unterstützung durch das Land NRW hingewiesen, um dauerhaft den Prozess der schulischen Inklusion positiv zu gestalten.

Die Fraktionen beantragen, die Bornheimer Erklärung zur schulischen Inklusion an die Landesregierung und die Medien weiterzuleiten. Zudem wird die Verwaltung gebeten, mit der Landesregierung zu diesem Thema einen Gesprächstermin zu koordinieren.

Die Verwaltung hat keine Bedenken, dem Antrag der Fraktionen zu entsprechen.

Ergänzend wird auf die als Anlage beigefügte Bornheimer Erklärung zur schulischen Inklusion verwiesen.

Anlagen zum Sachverhalt

Erklärung
Gemeinsamer Antrag